

Quer durch das neue Russland (6)

Rohstoffe und Energie sorgen auch in Sibirien für etwas Aufschwung

Krasnojarsk setzt auf Metalle, Erdöl, Erdgas und Kohle – doch das «neue Russland» zeichnet sich erst ab

Von unserem Russland-Wirtschaftskorrespondenten Peter A. Fischer

In Sibirien hat es viele Unternehmen hart getroffen, dass sie marktwirtschaftlichere Preise für Rohstoffe und den Transport ihrer Waren zahlen müssen. Mittlerweile geht es wieder aufwärts.

Krasnojarsk, 16. August

Krasnojarsk ist mit knapp einer Million Einwohnern die grösste Industriestadt im südwestlichen Teil Sibiriens. Gleichzeitig ist sie die Hauptstadt der Krasnojarsker Region, die 6,6-mal so gross ist wie Deutschland, in der aber nur 2,9 Mio. Einwohner wohnen. Seit dem letzten Besuch vor sechs Jahren hat sich in Krasnojarsk einiges verändert. Es gibt zahlreiche neue Geschäfte, darunter sogar eine Filiale der österreichischen Raiffeisenbank und einige moderne Restaurants. Ganze Quartiere sind neu gebaut worden, und soeben hat an den Hängen der Berge ein modernes Skizentrum mit einem Aquapark seine Tore geöffnet. Doch die Zahl der sich an eine neue Mittelklasse richtenden Restaurants und Läden wirkt noch ziemlich beschränkt. Strassen werden zwar neu gebaut, doch viele haben noch abenteuerliche Löcher, und bei Regen sorgt die marode Kanalisation schnell für Überschwemmungen.

Die Region setzt auf Grossprojekte

«Wir holen auf», kommentiert dies Michail Werschadski, der stellvertretende Direktor des Departements in der Regionalverwaltung, das wohl nicht ganz zufällig noch «Departement für Planung und ökonomische Entwicklung» heisst. Werschadski will nicht gelten lassen, dass die Entwicklung im Krasnojarsker Gebiet langsamer vorangeht als im europäischen Teil Russlands, man habe nur einfach von einem tieferen Niveau aus begonnen. Die wirtschaftliche Transformation habe in Sibirien für einen schmerzhaften Strukturwandel gesorgt, der vielen Unternehmen gezeigt habe, dass sie unter den harten klimatischen Bedingungen und den Tausenden von Kilometern Distanz zu den grösseren Absatzmärkten nicht gewinnbringend wirtschaften können.

Für die Hauptstadt und manche Orte sieht der Krasnojarsker Ökonom dank den zahlreichen grossen Rohstoffvorkommen und günstigem Strom dennoch rosige Zeiten anbrechen. Die neueste Entwicklung scheint ihm recht zu geben. Der Aluminiumkonzern Rusal hat kürzlich beschlossen, zusammen mit der Kraftwerksgesellschaft Hydro in Bogutschansk für insgesamt 3,6 Mrd. \$ ein Wasserkraftwerk fertig zu stellen und ein neues Aluminiumwerk mit einer Kapazität von 600 000 t pro Jahr zu bauen. Daneben soll auch eine neue grosse Zellulosefabrik entstehen. Der staatliche Investmentfonds will für 1,3 Mrd. \$ die Kosten neuer Infrastruktur finanzieren. Zudem werden derzeit in der Region neue Erdöl- und Erdgasvorkommen erschlossen. Die im Krasnojarsker Gebiet liegenden Vorräte sollen helfen, die derzeit im Bau befindliche Pipeline zu speisen, über die das schwarze Gold dereinst nach China, Japan und in andere asiatische Länder verkauft werden soll.

Kohle für Sibirien, Erdgas fürs Ausland

Statistisch gesehen steuert die Metallurgie heute rund die Hälfte zur wirtschaftlichen Wertschöpfung der Krasnojarsker Region bei. Grösster Steuerzahler ist vorläufig der Konzern Norilsk Nickel. Der Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen ist hingegen noch unterentwickelt, hier arbeiten bloss rund 15% der Erwerbstätigen. Durchschnittlich wurde in der Region im 1. Quartal 2007 offiziell mit 13 900 Rbl. (400 €) pro Monat etwas über dem Landesdurchschnitt von 12 200 Rbl. (350 €) verdient. Doch weil die Preise im abgelegenen Sibirien überdurchschnittlich und die Ausgaben für den täglichen Lebensunterhalt grösser sind, bleibt dennoch weniger für die neuen Freuden des Konsums übrig. Zudem ist der Reichtum sehr ungleich verteilt. Ein ganzer Drittel aller Haushalte im Krasnojarsker Gebiet erhält vom Staat Zuschüsse an die Ausgaben für Strom, Wasser und Heizung, weil er sich sonst die Versorgung einer Wohnung, die nicht grösser sein darf als 44 m² pro Person, nicht leisten könnte. Schwierige Zeiten erlebten 1994 bis 1998 auch die



Der 2004 renovierte Bahnhof von Krasnojarsk ist ein Zeichen des Aufschwungs.

MARKUS SCHOLZ / ARGUS

19 000 Einwohner des Dorfes Borodino. Weil die Kohlegrube faktisch bankrott war, betrug der Lohnrückstand fünf Monate; wenn gezahlt wurde, dann oft in Naturalien.

Im Vergleich dazu haben sich die Verhältnisse stark verbessert. Seit die Kohlemine 2001 privatisiert und vom privaten SUEK-Konzern übernommen wurde, geht es wieder aufwärts. Das Durchschnittsgehalt beläuft sich inzwischen auf 15 000 Rbl. (430 €) pro Monat, die Firma zahlt für medizinische Versorgung und Ferien. Die Kohlemine ist eine der grössten der Welt. Doch obwohl laut dem Chefingenieur noch Vorräte für mehr als 200 Jahre nachgewiesen sind, laufen die Anlagen derzeit mit nur etwa zwei Dritteln ihrer Kapazität. Direktor Alexander Kusnetsov erklärt wieso: Die Kohle, welche in Borodino abgebaut wird, habe einen nicht sehr hohen Brennwert und eigne sich deshalb zwar für Heizwerke, aber nicht für die Verhüttung von Eisenerzen. Weil sie relativ voluminös und entzündbar ist, stehen die Kosten für Langstrecken-Transporte in keinem Verhält-

nis zum Ertrag. Dennoch hofft der Konzern, in den nächsten fünf Jahren Abbau und Produktion wesentlich erhöhen zu können. Er will dafür 200 Mio. \$ investieren. Mit dem stetig steigenden Preis für Erdgas werde es nämlich immer rentabler, Kraftwerke von Erdgas auf Kohle umzustellen. Dadurch soll mehr von dem leichter transportierbaren und kostbareren Erdgas ins Ausland verkauft werden können. Zudem experimentiert der SUEK-Konzern mit einem neuen Verfahren zur Verkoksung seiner Kohle. Sollte dieses gelingen, so könnte der Koks auch einfacher exportiert werden. In der Region erlöst SUEK zurzeit ungefähr 6 \$ pro Tonne Kohle; der Weltmarktpreis beträgt mehr als das Zehnfache.

Mehr Chancen für höher Qualifizierte

Seit 1964 steht in Krasnojarsk die zweitgrösste Aluminiumhütte der Welt. Die energieintensive Herstellung von Aluminium profitiert hier von der sehr günstigen Wasserkraft. Auf dem 6 km² grossen Fabrikareal wurden im letzten Jahr in 25 Hal-

Voreiliges Vorgehen gegen die Geldwäscherei

Viele unbegründete Meldungen verunsicherter Finanzintermediäre

Von Dave Zollinger*

Der Autor stellt fest, dass in der Geldwäschereibekämpfung viele Finanzintermediäre verunsichert sind und oft Kundenbeziehungen melden, die gemäss Gesetz nicht meldepflichtig wären. (Red.)

Finanzintermediäre (FI) wissen gelegentlich weit weniger über ihre Kunden und deren Vermögensverhältnisse, als sie wissen müssten. Deshalb kommt den Meldungen nach Art. 9 des Geldwäschereigesetzes (GwG) die gleiche Funktion zu wie im Paradies den Blättern des Feigenbaumes. Sie werden oft als Allerweltsheilmittel zum Anzeigen aller Art auffälligen Verhaltens und zur Mitteilung jeglicher Form von (Vermögens-)Delikten an die Strafverfolgungsbehörden eingesetzt.

Fehlende Voraussetzungen

Ein paar Beispiele machen dies deutlich:

1. Ein FI stellt fest, dass auf das Konto eines Kunden Gelder von Anlegern einbezahlt werden und dieser Kunde die Gelder ins Ausland verschiebt. Das kann nur ein Betrug sein, deshalb erstattet der FI Meldung über diese Beziehung.
2. Ein FI verwaltet Gelder eines Kunden aus Osteuropa, der in den USA als Händler im IT-Bereich tätig ist. Als der Kunde rund zwei Drittel seines Vermögens in bar abheben will, erkundigt sich der FI nach dem Zweck dieser Barbezüge. Der Kunde will keine Auskunft geben, und der Intermediär sperrt das Konto sieben Wochen lang, bevor er eine Meldung erstattet.
3. Ein FI erfährt, dass ein Kunde im Ausland in ein Konkursverfahren verwickelt ist und dort angeben hat, er verfüge über kein Vermögen mehr; tatsächlich hat er aber beim FI in der Schweiz ein Konto mit Vermögen. Da das Verheimlichen von Vermögenswerten im Konkursverfahren ein Verbrechen darstellt, sperrt der FI das Konto und meldet die Beziehung nach Art. 9 GwG.
4. Gegen einen Kunden eines FI wird im Ausland ein Verfahren wegen Zolldelikten eröffnet, die zu einer achtstelligen Deliktsumme geführt haben sollen. So hoher Schaden muss verbrecherisch sein, weshalb der FI die Beziehung sperrt und Meldung erstattet.

* Dave Zollinger ist Staatsanwalt im Kanton Zürich, leitet den unter anderem für Geldwäschereiverfahren zuständigen Bereich und tritt per Ende September 2007 zurück.

Verarbeitung und Diversifikation

pf. Weil sie immer spezialisiertere Arbeitskräfte braucht, bildet die 2900 Mitarbeiter zählende Krasswjetmet ihre Arbeiter gleich selber aus, wie Chefingenieur Eduard Malzew erzählt. Das 1943 gegründete Unternehmen ist Russlands grösster Hersteller von Gold- und Platinbarren und dessen zweitgrösster Silberproduzent. Nebst dem Veredeln und Schmelzen der gelieferten Konzentrate produziert die Firma seit 1995 mit in Italien gekauften, modernen Maschinen Schmuck und ist mittlerweile zum zweitgrössten Hersteller von Goldketten und Ringen in Russland avanciert. Seit neuestem werden in einem Joint Venture mit dem englischen Johnson-Matthey-Konzern zudem Autokatalysatoren hergestellt. Die Absicht dahinter ist laut Malzew, durch Erhöhung der Verarbeitungstiefe und Diversifikation an Ertragskraft zu gewinnen. So sieht auch der Ökonom Berschadski die Zukunft der Krasnojarsker Region: Metalle und Rohstoffe sollten nicht nur gewonnen, sondern in der Region möglichst auch veredelt und weiterverarbeitet werden. Doch auch in dieser Hinsicht hat die Zukunft in Sibirien gerade erst begonnen.

len 948 000 t Aluminium produziert. In 24 Hallen stehen allerdings relativ alte, umweltschädliche Söderberg-Öfen. Sie ganz zu ersetzen, würde Milliarden kosten. Stattdessen hat der russische Weltmarktführer in der Herstellung von Rohaluminium, Rusal, sich nun darauf verlegt, eine «ökologische Söderberg-Technologie» zu entwickeln. Für 340 Mio. \$ wurden und werden neue Abgasreinigung-Anlagen installiert, die Öfen besser geschlossen und die Tonerde-Zugabe automatisiert. Das Programm soll laut Direktor Oleg Burkazki den Schadstoffausstoss um 30% auf «normales Niveau» senken. Amerikanische Berater sind gleichzeitig am Werk, alle Prozesse zu optimieren und zu standardisieren. Sie entwickeln nach Toyota-Vorbild ein «Rusal Business System», das es erlauben soll, mit gleichem Input 10% mehr Aluminium herzustellen. Für den Konzern bedeutet dies, dass weniger und dafür höher qualifizierte Mitarbeiter gebraucht werden. Die noch 5200 Mitarbeiter des Werks (zu Sowjetzeiten waren es 13 000) sind denn auch mit durchschnittlich 27 000 Rbl. (780 €) sehr gut entlohnt.

Auch in dieser Hinsicht ist Sibirien «europäischer» geworden: Spezialisten werden aktiv gesucht, Unqualifizierte haben es immer schwerer. Bereits wandern in den industriellen Rohstoffzentren Sibiriens wieder mehr junge Spezialisten zu als ab. Die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre beginnt sich langsam auch auf breitere Schichten der Bevölkerung auszuwirken.

5. Ein FI liest im Internet, dass eine Person mit dem Namen eines Kunden verschiedentlich Personen betrogen und den Erlös ins Ausland verschoben haben soll. Er kann den Kunden zwar nicht erreichen, aber auch nicht ausschliessen, dass es sich bei den Vermögenswerten auf dem Kundenkonto um Betrugserlös handelt, weshalb er vorsorglich Meldung erstattet.

Die Liste der Beispiele liesse sich beliebig erweitern. In keinem der obigen Fälle wären allerdings die Voraussetzungen für eine Meldung erfüllt, weil die Gelder nicht aus einem Verbrechen herühren (1) und es auch keinerlei Hinweise auf eine Verwendung für ein Verbrechen gibt (2), das Verschweigen von Vermögenswerten im Konkursverfahren diese Vermögenswerte nicht generiert (3), Zolldelikte (noch) keine Vortat für Geldwäscherei sind (4) oder weil einfach keine genügend konkreten Hinweise auf eine verbrecherische Herkunft der Vermögenswerte gegeben sind. Damit fehlen auch die Voraussetzungen für die Aufhebung des Kundengeheimnisses und die Haftungsbehebung nach Art. 11 GwG.

Lieber zu viele als zu wenige Meldungen

Es gibt mehrere Gründe, warum FI ein solches Meldeverhalten an den Tag legen:

- Die Mitarbeiter der Compliance-Abteilungen sehen ihre Aufgabe in erster Linie darin, auf Probleme hinzuweisen. Wer auf ein Problem hinweist und das Erstellen einer Meldung anregt, sichert (auch) damit langfristig den Fortbestand seines Arbeitsplatzes.
- Unterstützt wird diese Haltung durch die Verwaltung, deren spezialisierte Stellen davon leben, dass Meldungen erstattet werden. Je mehr Meldungen erfolgen, umso wichtiger ist die Amtsstelle, umso besser ist das Ansehen bei den ausländischen Partnern.
- Im Rahmen des internationalen Verteilungskampfes um die verwalteten Vermögen wollen internationale Organisationen mit Empfehlungen zur Geldwäschereibekämpfung für saubere Finanzplätze sorgen. Dass allerdings die grössten Mitgliedsländer diese Empfehlungen im eigenen Finanzplatz am wenigsten streng umsetzen und dass die Schweiz darauf nicht angemessen reagiert, sondern im Gegenteil musterhaft als Erstes (und vermutlich als einziges Land konsequent) mit der Umsetzung beginnt, ist ein urschweizerisches Problem. Die Auswirkungen sind

klar: Im heutigen Umfeld haben FI mehr Angst vor den Aufsichts- und den Strafverfolgungsbehörden als vor einer Klage des Kunden, so dass sie im Zweifelsfall lieber eine Meldung erstatten.

Was ist zu tun? Erstens muss der FI den Kunden mit den aufgetretenen Verdachtsmomenten konfrontieren. Es ist ein häufiger Irrglaube, das im Geldwäschereigesetz aufgeführte Schweigegebot (Art. 10 GwG) verbiete bei Zweifeln jegliches Gespräch mit dem Kunden. Erst wenn der FI sämtliche Mittel des «Knowing his Customer» ausgeschöpft hat und konkrete Zweifel bleiben, soll er sich eine Meldung überlegen. Es kann in solchen Fällen helfen, mit der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Kontakt aufzunehmen und, ohne Namen zu nennen, den Fall zu diskutieren. Jedenfalls fehlt eine gesetzliche Grundlage für das Melden eines vagen Verdachts ohne konkrete Hinweise auf eine verbrecherische Herkunft der Gelder, selbst wenn ein Kontakt mit dem Kunden nicht möglich war. Zweitens ist der FI daran zu erinnern, dass eine Meldung nicht ein Breitbandantibiotikum zur Behandlung aller möglichen (Vermögens-)Delikte des Kunden ist. Das Gesetz sieht nicht vor, dass Delikte des Kunden an grundsätzlich «sauberen» Geldern gemeldet werden könnten. Will man das ändern, muss der Wortlaut von Art. 9 GwG angepasst werden.

Dem Geld haftet kein Geruch an

Drittens müssen die FI, aber auch Politik, Justiz und Verwaltung zur Kenntnis nehmen, dass «non olet» nicht nur im alten Rom galt; dem Geld haftet erst recht in Zeiten globaler Finanzströme kein Geruch an, und damit liegt seine Herkunft nicht einfach offen. Ein praxisferner Irrtum ist es zu glauben, mit den richtigen Steuerungssystemen liesse sich jederzeit alles über jede Transaktion und jeden Kunden erfahren. Auch ein stetes Bemühen wird nicht verhindern, dass immer wieder Fragen zur Herkunft der Vermögenswerte auftreten, die in einem freiheitlichen Rechtssystem nicht ohne weiteres beantwortet werden können. Keine Lösung ist es jedenfalls, wenn Politik und Verwaltung mit immer schärferen Forderungen an den Finanzplatz gelangen und nicht wahrhaben wollen, dass «Empfehlungen» internationaler Organisationen auch im Interesse von deren grossen Mitgliedern (die als Finanzplätze mit der Schweiz konkurrieren) erfolgen. Hier täte der Schweiz etwas mehr Frucht vom Baum der Erkenntnis gut.

